

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlag: Elbgaupresse
Redaktion: Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rote: Elbgaupresse Dresden, Grotzschke Dresden Nr. 606
Postfach-Nr.: 512 Dresden

Tageszeitung für das bürgerliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Kochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Deyer & Co. Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Abdruck ist möglich mit den Zeitungen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel...
Anzeigen werden die 5gepaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4 gepaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Plakatschriften und schwierigen Sorten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zinsenpreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich auf: b. verspät. Zahlung, Frage ob. Konrad b. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
91. Jahrgang

Nr. 63

Sonntag/Donnerstag, den 15./16. März

1930

Eine neue Periode schwerster innerpolitischer Kämpfe

Am 1. der Jahreshauptversammlung des Reichvereins Nationalen der Deutschen Nationalen Parteipartei sprach gestern Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dr. Quast. Er führte aus: Die Kritik des Zentrums am Youngplan sei von innerpolitischen Rücksichten diktiert gewesen. Es sei ein Scheinbild gewesen. Die Deutsche Volkspartei, die ein Teil der nationalen Bewegung, habe sich im Lager der Erfüllungspolitik verbergend. Höre man den Augenminister Curtius, so könnte man zeitweise glauben, einen französischen oder polnischen Minister zu hören. Die Annahme des neuen Youngplans bedeute den Beginn einer neuen Epoche scharfer innerer Kämpfe. Nur in der Unterwerfung seien die Tributzustände möglich. Weder die Besetzung sei ein wünschenswertes Mittel. Dieser innere Hader um die Steuern werde das Feld beherrschen. Die Ergebnisse bei den öffentlichen Ausgaben, die sich in jedem Jahre um Milliarden steigern, sei nur zu denken, wenn eine Änderung des Systems erzwungen werde. Das sei die Aufgabe der nationalen Bewegung, die ein gemeinsames Organ in dem Reichsausgang gefunden habe.

Sugenbergs Zukunftsprogramm

Zu der Unterzeichnung der Youngpläne hat der Reichspräsidenten nimmt der Reichspräsidenten Parteiführer Dr. Sugenberg in folgenden programmatischen Ausführungen Stellung:
„Unbeschadet der persönlichen Einstellung eines jeden einzelnen zu dem einst von uns auf den Schild erhobenen Reichspräsidenten können wir nach seiner gestrigen Erklärung nicht unausgesprochen lassen, daß wir den darin eingeschlagenen politischen Weg zu gehen nicht in der Lage sind. Daß der Reichspräsident nicht unseren Ratsschlüssen folgt, sondern den andersgerichteten Ratsschlüssen seiner näheren Umgebung, ist bereits während des Volksbegehrens zutage getreten.

Die Gefahr war und ist eine doppelte. Zeitlich im Vordergrund steht das unmittelbare Uebel des Youngplans. Wir worten und sind verpflichtet, dieses Uebel in seiner ungeformten Furchtbarkeit allen klar und begreiflich zu machen, die nicht durch ihr Ruhebedürfnis und ihre Abneigung, lärende Wahrheiten zu hören, dazu veranlaßt sind, sich von den Einflüssen des Auslandes und seiner deutschen Mitbürger einlassen zu lassen. Die zweite noch viel größere Gefahr ist die, daß der deutsche Geist in Deutschland erstirbt wird, der preußisch-deutsche Bestreben, der im geraden Gegensatz zu dem händlerischen Youngplan steht. Wir müssen und können die nachlässige Minderheit in eine Mehrheit, in eine rettende Macht verwandeln. Wir sind keine politischen Kinder, weder die Alten unter uns, noch die Jungen, die am kommenden Sonntag ihr Trübspiel singen wollen. Wir sind uns völlig klar über den Weg, den wir zu gehen haben.

In aller Ehrfurcht vor dem Alter und vor den Taten des Feldherrn müssen wir sagen: Das Wort von der Einigkeit der Deutschen schafft die Last nicht aus der Welt, daß Deutschland nur im Kampf gegen die durch die eigenen Interessen schließenden Fäden, gegen marxistische Verwirrung, gegen Willkür und Ruhebedürfnis, gegen Unrecht, Zersetzung und Seelenlosigkeit wieder gesund und stark werden kann.

Der Anfang ist gemacht

Erste Vorarbeiten zum Spar-Programm

Wie der Demokratische Zeitungsdienst erklärt, sind im Reichsfinanzministerium die Vorarbeiten für das große Reichssparprogramm begonnen worden, das der Reichsfinanzminister gemeinsam mit dem Reichsparlamentarier vorlegen will. Durch die preußischen Anträge zur Justizgesetzgebung wird einer der Punkte dieses Sparprogramms verwirklicht werden. Da das Reichskabinett den gesetzgebenden Körperschaften eine

Vorlage über die kleine Justizreform zuleiten wird. Weiterhin wird eine Vereinfachung der Verwaltung durchzuführen sein, und zwar in Verbindung mit einer Annäherung an die Länderverwaltungen. Die Aufhebung des Reichsentscheidungsamtes beschäftigt zurzeit den Reichstag. Weiterhin ist notwendig, eine

Vereinfachung der Steuergesetzgebung und der Steuerverwaltung.

Im Hinblick auf die sozialen Lasten muß eine Verminderung angestrebt werden, und zwar einmal auch durch eine Verwaltungsreform, so wie sie für die Arbeitslosenversicherung erneut geplant ist. Dringender Reform bedarf auch das Versorgungswesen und weiterhin wird nach der materiellen Seite erwogen, eine Einschränkung der Rentenerhöhungen für Kriegsbeschädigte in leichteren Fällen. Endlich wird es notwendig werden, ein

Sparprogramm für das Reichsheer und die Reichsmarine

festzulegen, damit im besonderen bei der Marine über die etwaigen Bauten Klarheit geschaffen wird und planmäßig gearbeitet werden kann.

Thüringen geht zur Tat über

Als erster Schritt zu einer grundlegenden Einsparung innerhalb der thüringischen Staatsfinanzen ist dem Landtag soeben der Beschluß eines Ermächtigungsgesetzes zugegangen, dessen Beratung bereits in der kommenden Woche beginnen wird.

Das Gesetz sieht eine Übertragung der gesetzgeberischen Befugnisse des Landtages auf die Regierung vor, soweit es sich darum handelt, Behörden aufzuheben, zusammenzulegen, Zuständigkeiten auf die Gemeinden bzw. auf das Reich zu übertragen und staatliche Polizeibehörden an Stelle kommunaler unter gleichzeitiger Beitragsleistung der Gemeinden und Kommunen einzurichten. Außerdem sieht das Gesetz weitgehende Pensionierungsvereinfachungen für die Staatsbeamten vor, die sowohl auf ihren eigenen Antrag als auch durch Verletzung in den Ruhestand bereits pensioniert werden können, wenn sie bis zum 31. Dezember 1933 das 60. bzw. bei einer ruhegehaltfähigen Zeit von 40 Jahren das 58. Lebensjahr erreicht haben. In der Begründung wird bemerkt, daß jeder Beamte, der freiwillig in den Ruhestand tritt, den Beamtenabbau erleichtert und die Staatsregierung der Notwendigkeit entbehe. In zwangsweise in den Wartestand zu versetzen.

Die Christlich-Nationalen an der Seite Hindenburgs

Der Reichstagsabgeordnete Trevisanus hat namens der Volkserhaltungsbewegung an den Reichspräsidenten von Hindenburg einen Brief gerichtet, in dem es heißt:
„Namens der Volkserhaltungsbewegung bitte ich, Ew. Excellenz nach den schicksalsschweren Stunden erster Entscheidung das erneute Bekenntnis unveränderter Treue und Ergebenheit zum Ausdruck bringen zu dürfen. Wir haben Vertrauen für die Größe des Opfers, das Ew. Excellenz unter Hinanführung persönlicher Rücksichten der Pflicht gebracht haben. Neben Verantwortlichkeiten voll äußerer Zwang hat die innere Festigkeit der Nation die Handlung- und Entscheidungsfreiheit des deutschen Volkes gelähmt. Die Überwindung der nationalen Uneinigkeit ist jetzt erst recht dringend geboten. Wir sind bereit, alle unsere Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen und stehen in unerwiderlichem Vertrauen und unwandelbarer Treue zu Ew. Excellenz.“

Die deutsche Familie in Gefahr!

Von Dr. Marie Elisabeth Lüders, M. d. R.

Schicksal und Zukunft der deutschen Familie sind untrennbar verbunden mit dem Schicksal und der Zukunft des deutschen Volkes überhaupt; sie bedingen einander in den wechselseitigen Ursachen und Wirkungen politischer, sozialer und kultureller Gegebenheiten und Möglichkeiten. Deshalb sollte keine Entscheidung, auf welchem Gebiet es auch immer sei, ohne Beachtung der für die gesunde und gedeihliche Entwicklung der Familie notwendigen Voraussetzungen gefällt werden.

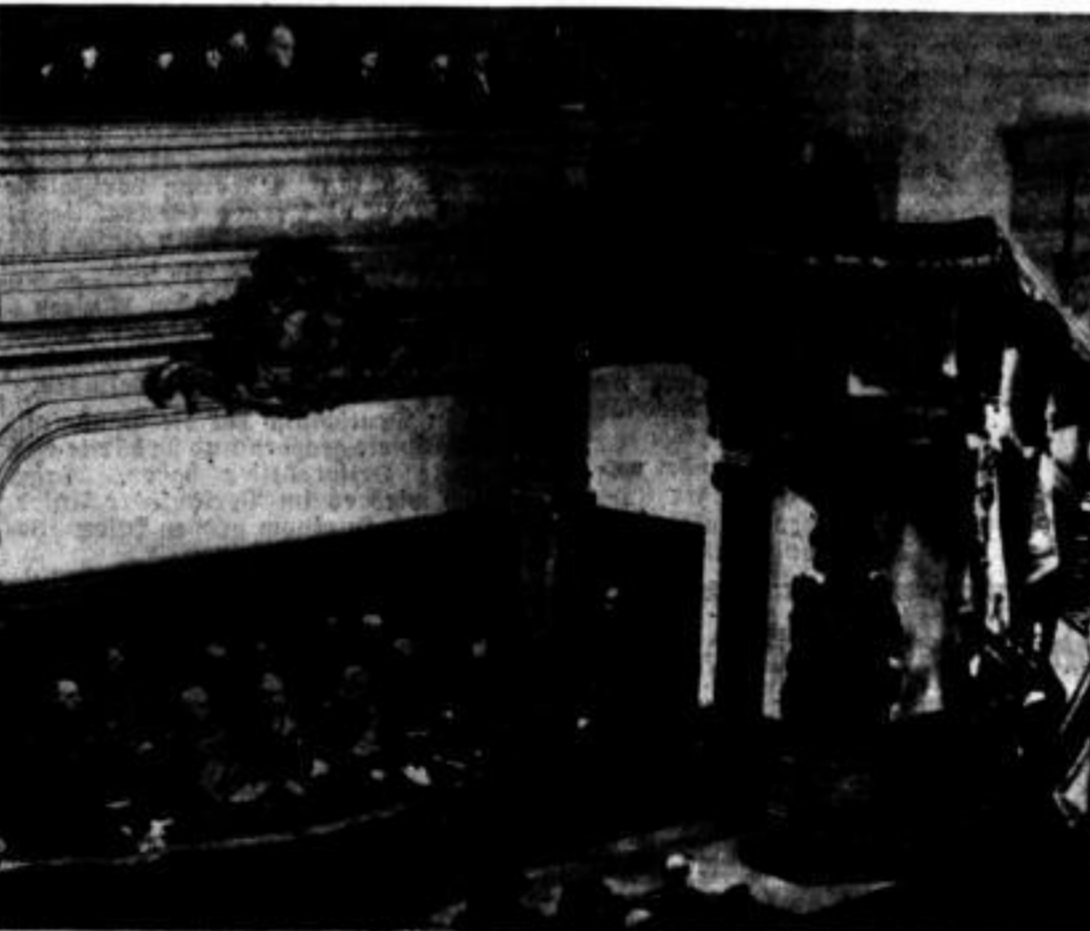
Rein Gebiet ist hierfür beweiskräftiger als das Wohnungswesen und die Arbeitslosigkeit.

Fast erschreckend klaren Aufschluß über den familienfeindlichen Zustand des Wohnungswesens geben die Ergebnisse der Reichswohnungszählung. Man betrachte nur folgende wenige Zahlen: etwa 1 Million deutscher Familien — das sind gegen 4 Millionen Menschen — sind als Untermieter in einem anderen Haushalt untergebracht!

In den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern sind fast eine halbe Million Wohnungen mit 3 1/2 Millionen Bewohnern überfüllt.

Von dieser Überfüllung entfallen neun Zehntel auf die Kleinwohnungen, in denen mehr als die Hälfte der überfüllten Wohnungen nur aus einem oder zwei Räumen bestehen, bei denen die Kammer und sogar die Küche als „Wohnraum“ — d. h. in den meisten Fällen als „Schlafraum“ — mitgerechnet sind.

Dieser Notlage gegenüber ist zwar der Wille aller, die sie erkannt haben, lebendig, Abhilfe zu schaffen. Aber die Betätigung dieses Willens findet ihre Grenzen an den zu ihrer Überwindung notwendigen Geldmitteln. Kriegs- und Nachkriegszeit haben den Baumarkt jahrelang so gut wie gänzlich lahmgelegt durch die fast völlige Zerstörung des deutschen Kapitalmarktes und belastet ihn heute noch durch seine Abhängigkeit von ausländischem Kapital mit der Folge unerwünscht hoher Zinsen. Währungsverfall, eine auf engstem Raum zusammengebrückte Bevölkerung, eingeebnete Exportmöglichkeiten mit der Folge fast chronischer Arbeitslosigkeit, Minderung der Kaufkraft der großen Massen bei automatisch steigenden Mieten, lassen für die



Berliner Gedenkgottesdienst für Tirpitz

In der alten Garnisonkirche in Berlin veranstalteten die Berliner Marinevereine am Donnerstag einen Gedenkgottesdienst für den verstorbenen Großadmiral von Tirpitz. An dieser Feier nahm mit anderen hohen Offizieren der Armee und Marine Reichspräsident von Hindenburg teil. Unsere Aufnahme zeigt die Generalloge. In der vorderen Reihe von links nach rechts: Chef der Marineleitung Admiral Raeder, Reichspräsident von Hindenburg, Chef der Marineleitung Generaloberst Dene, Admiral von Schröder, Admiral Behne, Admiral Rominten.